

EINLEITUNG

Die Entwicklung der Europäischen Union (EU) hat in den vergangenen Jahren immer wieder die Frage nach dem Wesen der Gemeinschaft, nach der Kompetenz ihrer Institutionen und nach der Reichweite ihrer Gemeinschaftspolitiken aufgeworfen. Ab 2004 führten die Referenda und Ratifizierungsverfahren im Zusammenhang mit dem EU-Verfassungsvertrag in zahlreichen EU-Staaten zu erregten Debatten über die Orientierung der EU-Politik und die Eingriffe der EU in das Leben der Bürger. Die seit 2007 akute weltweite Finanzkrise traf auch die Staaten der EU und führte vielfach zu reflexartigen Reaktionen der Regierungen zugunsten nationaler Lösungswege. Für die EU wurde es unter diesen Bedingungen schwieriger, den *acquis communautaire*, zum Beispiel im Bereich der Wettbewerbspolitik, durchzusetzen. Die Wahlen zum EU-Parlament 2009 sowie die seit 2010 virulente europäische Schuldenkrise offenbarten dann in zahlreichen Ländern erhebliche Ressentiments der Bevölkerung gegen die Gemeinschaft, ihre Institutionen und Politiken. In dieser Situation stellte sich die Frage, ob die Übertragung der Staatensouveränität auf den supranationalen Organismus der EU so weit gehen darf, wie es nach den Verträgen von Maastricht, Amsterdam, Nizza und Lissabon im Europa der 27 Staaten heute der Fall ist. Wird nach Wesen und Kompetenz der Gemeinschaft gefragt, kommt die Diskussion schnell auch auf die Frage der Abstimmungsverfahren in den entscheidungsbefugten Organen der EU. Wie legitim ist in der heute stark erweiterten EU die Vetopolitik einzelner Staaten oder von Staatengruppen? Obwohl die Möglichkeiten des Mehrheitsprinzips heute viel weiter gehen als in zurückliegenden Jahrzehnten, unterliegen bedeutende Politikfelder nach wie vor der Einstimmigkeit. Immer wieder rekurrenzen EU-Staaten auf ein nationales Vetorecht. Andere lancieren Initiativen zur Ausweitung des Mehrheitsprinzips und hoffen darauf, die EU zu einem handlungsfähigen Akteur im internationalen Geschehen zu machen. Gerade der im Dezember 2009 in Kraft gesetzte Vertrag von Lissabon konnte die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaften bedeutend verbessern und zur Demokratisierung der EU beitragen, indem er das Mehrheitsprinzip erweiterte und das Europaparlament stärkte. Diese aktuellen Tendenzen und Debatten führen zurück in die Geschichte der Europäischen Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die vorliegende Monographie hat die durch den „leeren (französischen) Stuhl“ vom Juli 1965 bis zum Januar 1966 verursachte Krise der westeuropäischen Wirtschaftsintegration und ihre unmittelbaren und langfristigen Folgen zum Thema. In jener Krise des „leeren Stuhls“ wurden all die Fragen nach Wesen und Sinn der Gemeinschaft aufgeworfen und kontrovers debattiert, welche die EU auch heute noch – vielleicht mehr denn je – befassen. Mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 1957 waren die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) geschaffen worden. Den Kern der EWG bildete ein Gemeinsamer Markt für landwirtschaftliche und gewerbliche Güter. Die ersten Jahre der EWG waren dem Aufbau und der Konsolidierung gewidmet und erwiesen sich schnell als Erfolgsgeschichte. Die nach dem Vertrag geschaffenen Institutionen – die Kommission, der Ministerrat, das Europaparlament und der Europäische Gerichtshof – entfalteten ein komplexes Zusammenspiel, und die Gemeinschaftspolitiken wurden

mit Erfolg implementiert. Bereits 1960 wurde beschlossen, den Zollabbau innerhalb der Gemeinschaft über das vertraglich vereinbarte Maß hinaus zu beschleunigen. 1962 traf der Ministerrat weit reichende Beschlüsse im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Die Europäische Kommission, die niederländische und die französische Regierung bildeten eine dynamische Allianz zur Durchsetzung der notwendigen Maßnahmen innerhalb der GAP. Der Aufbau der EWG und die damit verbundene politisch-ökonomische Konsolidierung der westeuropäisch-kontinentalen Staaten wurde zwar von den Konfrontationen des Kalten Krieges und der Dekolonialisierung überschattet, denn die Algerienkrise, die Berlin-Krise, die Kongo-Krise, der Mauerbau und die Kuba-Krise – um nur einige zu nennen – sorgten für europa- und weltweite Spannungen. Doch da die Vertragswerke „Rahmencharakter“ hatten und großen Freiraum boten, kam es in den frühen Jahren der EWG noch nicht zur Kristallisation der politischen Divergenzen der EWG-Staaten über die Gemeinschaftserweiterung, das Wesen der Gemeinschaft und die Kompetenz ihrer Institutionen. Spätestens 1962–63 jedoch brach in der EWG die Zeit der Krisen, Konflikte und Konfrontationen an. Der französische Staatspräsident Charles de Gaulle scheiterte bei seinem Versuch, Westeuropa nach seinen politischen Vorstellungen zu einigen, und auch die Bundesrepublik entzog sich seinem Angebot einer engen Zusammenarbeit. Enttäuscht zog sich de Gaulle zurück und entschied sich für eine konfrontative französische Politik, mit der er seine Europavision im Alleingang durchzusetzen versuchte. Der General attackierte 1965 und 1966 nicht nur die Grundlagen der westeuropäischen Wirtschaftsintegration im Rahmen der EWG, sondern versetzte auch der militärischen Integration durch Frankreichs Rückzug aus den integrierten Strukturen des Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses (NATO) einen Schlag. Wenige Jahre nach ihrer Gründung geriet die zunächst erfolgsverwöhnte EWG somit durch eine komplizierte politische Konstellation und das Zutun exzentrischer Akteure in eine dramatische Krisenlage. Nicht wenige Beobachter sagten der Gemeinschaft damals das Ende voraus. Doch die EWG überlebte und wurde zur Grundlage für die heutige EU.

Die historische Relevanz der mit Kompromiss und Ausgleich endenden Krisenphase der Europäischen Gemeinschaften (EG) von 1963 bis 1969 liegt darin, dass in jenen Jahren der Kernbestand der heutigen EU „geschmiedet“ wurde. Die Krise des „leeren Stuhls“ bestätigte kurzfristig den institutionellen Status quo der EWG, indem sie sowohl eine Vertiefung als auch einen Rückbau der supranationalen Architektur der Gemeinschaft verhinderte. Allerdings verstärkte die Krise einen allgemeinen Trend zur Renationalisierung der Europapolitik und bewirkte somit einen vorübergehenden Machtverlust der supranationalen Institutionen gegenüber den Mitgliedstaaten. Die mittelfristige Folge der Krise war die Konsolidierung einer Konsens-/Veto-Kultur in den Gemeinschaften, welche als Ursache für eine Stagnation der Europapolitik in den 1970er-Jahren kontrovers diskutiert wird. In langfristiger Perspektive jedoch hatte die Krise des „leeren Stuhls“ als Kulminationspunkt der Krisenjahre zwischen 1963 und 1969 signifikante Bedeutung für die Weiterentwicklung der Gemeinschaften in den Folgejahrzehnten, insbesondere für die institutionellen Reformen der 1990er-Jahre sowie für die Ausformung der gegenwärtigen EU. Zwischen 1963 und 1969 traten erneut jene

Thematiken und Konflikte auf die Agenda, welche die Gemeinschaften bereits in ihrer Frühphase seit 1958 befasst hatten: die Politische Union, die Konzepte und Methoden der Integration, der britische Beitritt und das transatlantische Verhältnis. Doch obwohl diese Konflikte nun mit rücksichtsloser Härte ausgetragen wurden, endeten sie nicht mit einem Bruch, sondern mit Kompromissen: Der Luxemburger Kompromiss 1966 schuf Ausgleich in der EWG, der Harmel-Bericht 1967 tat ähnliches innerhalb der NATO, und der Haager Gipfel von 1969 vermochte neue Perspektiven für eine Fortentwicklung der Gemeinschaften aufzuzeigen. Dass der Ausgleich gelang, hatte im wesentlichen zwei Gründe: Erstens konnten sich die westeuropäischen Staaten im Zeitalter der Entspannung keine Spaltung mehr leisten. Und zweitens hatten sich die europäischen Nationalstaaten, ihre Politiken und Gesellschaften in einem Maße einander angenähert, dass eine Preisgabe des Gemeinschaftswerkes schlachtweg nicht mehr möglich war.¹ Die Krise des „leeren Stuhls“ wiederum war die härteste und gefährlichste Belastungsprobe jener Krisenjahre, der ultimative Testfall für die Strukturen, Methoden, Ziele und Menschen der Gemeinschaften. Auch die europäische Gesinnung der Mitgliedstaaten und das Gemeinschaftsvertrauen standen zur Debatte, nachdem die Regierungen den „Gemeinschaftsgeist“ der frühen EWG-Jahre bewusst vernachlässigt hatten. Nicht zuletzt waren die Integrationsmethoden und die Irreversibilität der Integrationsentwicklung auf den Prüfstein gestellt. Doch die Krise bestätigte die Verträge, Methoden und Institutionen, wie der Generalsekretär der Kommission, Émile Noël, befriedigt feststellte:

„Pas d’altération du Traité, des Institutions et de leurs rapports mutuels. [...] Malgré la crise et des conditions internes moins favorables, la structure institutionnelle tient.“²

Die konkretere Bedeutung der EWG-Krise von 1965 liegt darin, dass sie nicht eine der zahlreichen Verhandlungskrisen war, sondern eine zutiefst politische Auseinandersetzung, welche über die reine Wirtschaftsintegration weit hinaus auf Fragen der Außen- und Verteidigungspolitik verwies. Die allgemeine Integration Westeuropas hatte mit der Debatte um eine multilaterale seegestützte Atomstreitmacht (MLF), mit der vertraglich vorgesehenen Ausweitung des Mehrheitsprinzips innerhalb der EWG sowie mit der Unterzeichnung des Abkommens zur Zusammenlegung der Exekutiven von EWG, EURATOM und Montan-Union in den Jahren 1964 und 1965 ihre Hochzeit erreicht. Die EWG stand 1965 demnach an einer Entwicklungsschwelle: Würde der Trend zur Vertiefung der Supranationalität anhalten? Überschritt man den *point of no return* der Integrationsentwicklung? Und würden die Mitgliedstaaten weitere Souveränitätsrechte an die europäischen Gemeinschaften abtreten? Hatte der Rahmencharakter des Vertragswerkes in der Frühphase noch die konzeptionellen Inkompabilitäten und Interessendifferenzen der Mitgliedstaaten vorteilhaft ausgleichen können, so war dies an der Schwelle zur einer vertieften Integration nicht mehr möglich. Folglich kam es seit 1964 zum offenen Konflikt mit de Gaulle über die Agenda, Ziele und Institutionen der Gemeinschaft. Dem General stand klar vor

1 Wilfried Loth, *Crises and Compromises. The European Project 1963–1969*, Baden-Baden/Brüssel 2001, Vorwort.

2 So Émile Noëls abschließende Bemerkung bei seiner Rede an der Universität Edinburgh am 10. März 1967 [Historical Archives of the European Union, EN, 807].

Augen, dass seine Vision einer autonomen, westeuropäischen Verteidigung mit den EWG-Partnern und der Bundesrepublik nicht realisierbar und der Bau des „Hauses Westeuropa“ als Vorbedingung für seine kontinentale Europavision somit gescheitert war. Erhard hatte spätestens mit seinem Bekenntnis zur MLF de Gaulles letzte Hoffnungen auf eine genuin europäische Verteidigung „begraben“. Die Aktivierung der französischen Ostpolitik sowie die Krisen in EWG und NATO offenbarten de Gaulles grundlegende Absicht, im souveränen Alleingang voranzuschreiten und die Fesseln der militärischen und wirtschaftlich-politischen Integration zu lockern, um Frankreich in Westeuropa Bewegungsfreiheit zu verschaffen. Das „Prinzip Souveränität“ stand gegen das „Prinzip Integration“. Mit der Politik des „leeren Stuhls“ verfolgte de Gaulle das Ziel, die Kontrolle über Tempo, Richtung und Reichweite der westeuropäischen Wirtschaftsintegration zurück zu gewinnen. In der Krise wurde jene Grenze sichtbar, die er der wirtschaftlichen Integration setzte, solange diese nicht in eine militärisch-politische Integration nach seinen Vorstellungen eingebettet war. Solange das vielgerühmte „Fouchet-Europa“ nicht existierte, durfte die funktionale und supranational koordinierte Integration der westeuropäischen Volkswirtschaften die Souveränität der Staaten nicht über ein bestimmtes Maß einschränken. Vor diesem Hintergrund glaubten viele zeitgenössische Beobachter, dass de Gaulles EWG-Boykott in letzter Konsequenz gegen die supranationale und transatlantische militärische Integration gerichtet war.³ Hier bewahrheitete sich in ironischer Weise, was Hallstein über die scheinbar rein wirtschaftliche Integration der EWG zu bemerken pflegte: „Wir sind [schon] mitten in der Politik!“.⁴

Schließlich hat die Krise des „leeren Stuhls“ auch als klassische Kraftprobe zwischen den westeuropäischen Staaten und als erste große Auseinandersetzung zwischen den versöhnten „Erbfeinden“ Frankreich und (West-)Deutschland ihren Platz in den Geschichtsbüchern. Die deutsche Rolle während der EWG-Krise gab einen Blick frei auf das aus dem deutschen „Wirtschaftswunder“ erwachsene ökonomisch-politische Machtpotential der Bundesrepublik und veranlasste manchen Beobachter zu der Bemerkung: „*In that sense, the war would appear to be over.*“⁵ De Gaulles Politik der „freien Hand“ in der EWG und der NATO hätte eine Aufwertung der französischen Verhandlungsposition *vis-à-vis* Moskau zur Folge gehabt. Daran konnte die Bundesregierung kein Interesse haben. Sie nahm die vorerst auf die EWG beschränkte Kampagne des Generals als existentielle Bedrohung der deutschen Stellung in Europa und als machtpolitische Kraftprobe ernst. In der Krise des „leeren Stuhls“ stand die Bundesrepublik erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg in offener Konfrontationsstellung zu Frankreich. Darüber hinaus fiel ihr aufgrund der ökonomischen und politischen Gegebenheiten auch noch die Führungsrolle innerhalb der Staatenkoalition zu, welche sich der französischen Politik widersetzte. Als die vier Partner der Bundesrepublik unter den kritischen Bedingungen der französischen Boykottpolitik eine deutsche Führungsrolle in Westeuropa akzeptierten, entstand eine in der europäischen Nachkriegsgeschichte völlig neuartige politische Konstellation.

3 John Newhouse, *Collision in Brussels: the Common Market Crisis of 30 June 1965*, New York 1967, S. 24.

4 Bruxelles Archives Commission, Redensammlung, Hallstein auf dem Hochschultag Hohenheim, 18. Juni 1965, S. 38.

5 Newhouse, *Collision*, 1967, S. 184.

Aufgrund der „Geschichtsmacht“, des Gegenwartsbezuges und der Komplexität der Materie genießt die Krise des „leeren Stuhls“ eine wissenschaftliche Beachtung wie kaum eine zweite Episode der europäischen Integrationsgeschichte. Sowohl die Zahl der Betrachtungen als auch deren Qualität ist hoch. Bereits als sich die Situation innerhalb der EWG im Frühjahr 1965 zuspitzte, erkannten zeitgenössische Beobachter einerseits eine konzeptionell-institutionelle, andererseits eine wirtschaftlich-finanzielle Dimension des Konflikts. Die Eskalation der Krise im Sommer und Herbst 1965 überzeugte die Mehrzahl der Beobachter davon, dass der General die Auseinandersetzung aus geopolitischen Motiven bewusst provoziert hatte. Seither widmen sich die Forschungsliteratur und die persönlichen Erinnerungen der Beteiligten diesen unterschiedlichen Facetten in Ausbruch und Verlauf der EWG-Krise. Die ersten politikwissenschaftlichen Arbeiten zur Krise stützten sich bereits auf eine breite Quellenbasis aus Presseberichten, EG-Dokumenten und Erkenntnissen aus Interviews. Miriam Camps – seinerzeit Beamtin im Policy Planning Council des US State Department –, John Newhouse, Nina Heathcote und John Lambert nahmen die Krise aus zeitgenössischem Blickwinkel als institutionelle Auseinandersetzung wahr.⁶ Mit unterschiedlichen Akzenten bestätigten die in den Folgejahrzehnten erschienenen „Erinnerungen“ und „Zeugnisse“ diese klassische These einer Integrationskrise. Von französischer Seite zeigten dies die Erinnerungen des Außenministers Couve de Murville⁷ und der Bericht des Informationsministers Alain Peyrefitte.⁸ Aus der Kommission wurde Vergleichbares berichtet von den Kommissionsmitgliedern Émile Noël,⁹ Walter Hallstein,¹⁰ Karl-Heinz Narjes,¹¹ Klaus Meyer,¹² Hans von der Groeben¹³ und – mit Einschränkungen – Robert Marjolin.¹⁴ Aus der deutschen Ministerialbürokratie berichteten in diesem Sinne Horst Osterheld,¹⁵ Herbert Müller-Roschach¹⁶ und Rolf Lahr.¹⁷ Die EWG-Krise wird vielfach auch von biographi-

- 6 Miriam Camps, European Unification in the Sixties. From the Veto to the Crisis, New York 1966; Newhouse, Collision, 1967; John R. Lambert, The Constitutional Crisis 1965–1966, in: Journal of Common Market Studies 4 (1966) 3, S. 195–228; Nina Heathcote, The Crisis of European Supranationality, in: Journal of Common Market Studies 5 (1966) 2, S. 140–71.
- 7 Maurice Couve de Murville, *Une politique étrangère*, Paris 1971.
- 8 Alain Peyrefitte, *C'était de Gaulle*, Paris 2002.
- 9 Emile Noël, Walter Hallstein: Ein persönliches Zeugnis, in: Wilfried Loth, William Wallace und Wolfgang Wessels (Hrsg.), Walter Hallstein. Der vergessene Europäer?, Bonn 1995, S. 165–9; HAEU, EN 807, Vortrag an der Universität Edinburgh v. 10. März 1967.
- 10 Walter Hallstein, Der unvollendete Bundesstaat. Europäische Erfahrungen und Erkenntnisse, Düsseldorf 1969, S. 86.
- 11 Karl-Heinz Narjes, Walter Hallstein in der Frühphase der EWG, in: Wilfried Loth, William Wallace und Wolfgang Wessels (Hrsg.), Walter Hallstein. Der vergessene Europäer?. Bonn 1995, S. 139–63.
- 12 Klaus Meyer, Die EWG-Krise von 1965/66, in: Rudolf Hrbek und Volker Schwarz (Hrsg.), 40 Jahre Römische Verträge: Der deutsche Beitrag, Baden-Baden 1998.
- 13 Hans von der Groeben, Aufbaujahre der Europäischen Gemeinschaft. Das Ringen um den Gemeinsamen Markt und die Politische Union (1958–1966), Baden-Baden 1982; Hans von der Groeben, Walter Hallstein als Präsident der Kommission, in: Wilfried Loth, William Wallace und Wolfgang Wessels (Hrsg.), Walter Hallstein. Der vergessene Europäer?, Bonn 1995, S. 121–38.
- 14 Robert Marjolin, *Le travail d'une vie. Mémoires 1911–1986*, Paris 1986.
- 15 Horst Osterheld, Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963–1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt, Düsseldorf 1992.
- 16 Herbert Müller-Roschach, *Die deutsche Europapolitik 1949–1977. Eine politische Chronik*, Bonn 1980.

scher Forschungsliteratur erfasst, soweit deren Akteure Gegenstand der Betrachtung sind. Dies gilt für Schönwalds und Loths Arbeiten über Hallstein,¹⁸ Oppelands Betrachtungen zu Schröder,¹⁹ Bossuats Studien zu Marjolin,²⁰ Dumoulin's Arbeit zu Spaak,²¹ Gasserts Arbeiten zu Kiesinger,²² Lappenküpers Studien zu Erhards Europapolitik,²³ Schwarz' Betrachtungen zu Adenauer²⁴ und diverse de Gaulle-Biographien.²⁵ Hinzu tritt eine unübersehbare Anzahl von historischen, politikwissenschaftlichen und juristischen Monographien, Sammelbänden und Artikeln, in welchen Ursprung, Verlauf und Folgen der EWG-Krise exklusiv oder als Teil einer weiteren Darstellung abgehandelt werden. Dazu zählen „Standardwerke“, Handbücher und Konferenzbände zur allgemeinen Integrationsgeschichte²⁶ bzw. zur Geschichte spezifischer Integrationsfelder wie des Agrarsektors,²⁷ zur Geschichte der europäischen Institutionen,²⁸ zur deutschen²⁹ und französischen³⁰ Nachkriegsgeschichte ebenso wie aktuelle Studien zu den deutsch-

- 17 Rolf Lahr, *Zeuge von Fall und Aufstieg. Private Briefe 1934 – 1981*, Hamburg 1981; Rolf Lahr, *Die Legende vom Luxemburger Kompromiß*, in: *Europa-Archiv* (1983), S. 223 – 39.
- 18 Matthias Schönwald, *Walter Hallstein and the „Empty Chair“ Crisis 1965/66*, in: Wilfried Loth (Hrsg.), *Crises and Compromises: The European Project 1963 – 1969*, Baden-Baden/Brüssel 2001, S. 157 – 71; Wilfried Loth, *Hallstein und de Gaulle: Die verhängnisvolle Konfrontation*, in: Wilfried Loth, William Wallace und Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Walter Hallstein. Der vergessene Europäer?*, Bonn 1995, S. 171 – 88; Wilfried Loth, *Die Krise aufgrund der „Politik des leeren Stuhls“*, in: Michel Dumoulin (Hrsg.), *Die Europäische Kommission 1958 – 1972. Geschichte und Erinnerung einer Institution*, Brüssel 2007, S. 99 – 118.
- 19 Torsten Oppelland, *Gerhard Schröder (1910 – 1989). Politik zwischen Staat, Partei und Konfession*, Düsseldorf 2002; Torsten Oppelland, „*Entangling Alliances With None*“ – Neither de Gaulle Nor Hallstein. *The European Politics of Gerhard Schröder in the 1965/66 Crisis*, in: Wilfried Loth (Hrsg.), *Crises and Compromises: The European Project 1963 – 1969*, Baden-Baden/Brüssel 2001, S. 227 – 43.
- 20 Gérard Bossuat, *Robert Marjolin dans la Tourmente de la Chaise Vide*, in: *Institut de France – Académie des Sciences Morales et Politiques, Colloque du Mardi 9 Décembre 2003 consacré à Robert Marjolin*, Paris Palais de l’Institut, 2004, S. 66 – 82.
- 21 Michel Dumoulin, *Paul-Henri Spaak*, Brüssel 1999.
- 22 Philipp Gassert, *Personalities and the Politics of European Integration: Kurt Georg Kiesinger and the Departure of Walter Hallstein, 1966/67*, in: Wilfried Loth (Hrsg.), *Crises and Compromises: The European Project 1963 – 1969*, Baden-Baden/Brüssel 2001, S. 265 – 84.
- 23 Ulrich Lappenküper, *Ich bin ein wirklich guter Europäer. Ludwig Erhards Europapolitik 1949 – 1966*, in: *Francia* 18 (1991) 3, S. 85 – 121.
- 24 Hans-Peter Schwarz, *Der Staatsmann 1952 – 1967* (Adenauer, Bd. 2), München 1994.
- 25 Jean Lacouture, *Le souverain 1959 – 1970 (De Gaulle, Bd. 3)*, Paris 1986; Ernst Weisenfeld, *Charles de Gaulle. Der Magier im Élysée*, München 1990; Edmond Jouve, *Le Général de Gaulle et la Construction de l’Europe (1940 – 1966)*, Paris 1967.
- 26 Pierre Gerbet, *La construction de l’Europe*, Paris 1999; N. Piers Ludlow, *The European Community and the Crises of the 1960s. Negotiating the Gaullist challenge (Cold War History, Bd. 9)*, London 2006.
- 27 Kiran Klaus Patel, *Europäisierung wider Willen. Die Bundesrepublik Deutschland in der Agrarintegration der EWG 1955 – 1973*, München 2009.
- 28 Michel Dumoulin (Hrsg.), *Die Europäische Kommission 1958 – 1972. Geschichte und Erinnerungen einer Institution*, Brüssel 2007.
- 29 Klaus Hildebrand, *Von Erhard zur Großen Koalition 1963 – 1969 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 4)*, Stuttgart 1984; Reiner Marcowitz, *Option für Paris? Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle 1958 bis 1969*, München 1996.
- 30 Hans-Dieter Lucas, *Europa vom Atlantik bis zum Ural? Europapolitik und Europadenken im Frankreich der Ära de Gaulle (1958 – 1969)* (Pariser Historische Studien, Bd. 35), Bonn 1992; Maurice Vaisse, *La Grandeur. Politique étrangère du général de Gaulle 1958 – 1969*, Paris 1996; Wichard Woyke, *Frankreichs Aussenpolitik von de Gaulle bis Mitterand*, Opladen 1987.

französischen Beziehungen,³¹ zur Politischen Union³² oder zu historischen Persönlichkeiten wie de Gaulle.³³ Selten hingegen war die EWG-Krise nach den Werken von Camps und Newhouse noch einmal das exklusive Thema historischer oder politikwissenschaftlicher Monographien.³⁴ Die einschlägige Handbuch- und Überblicksliteratur verfällt teilweise in eine simplifizierende Darstellung der EU-Geschichte, in welcher die EWG-Krise 1965 und die *Relance européenne* der 1980er-Jahre als „Fall und Wiederauferstehung“ kontrastiert werden, ohne den Krisenverlauf einer differenzierten Analyse zu unterziehen. Wenn sich einzelne Darstellungen auf den Luxemburger Kompromiss konzentrieren, findet die Krise des „leeren Stuhls“ oft nur als Ursprung der konsensorientierten Entscheidungskultur des Ministerrates Erwähnung.³⁵

Eine neue Qualität erreichte die wissenschaftliche Debatte über die Krise des „leeren Stuhls“ hingegen mit zwei internationalen Konferenzen vor und nach der Jahrtausendwende. 1998 lud die Historiker-Verbindungsgruppe bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zu einer Konferenz über die Krisenjahre der EWG von 1963 bis 1969 nach Essen. Im 2001 erschienenen Tagungsband wurden die nationalen und supranationalen Perspektiven zusammengetragen und ausgewertet.³⁶ 2004 kam es am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz zu einer zweiten internationalen Konferenz, die sich exklusiv mit der EWG-Krise befasste und die ganze Vielfalt an Interpretationsmöglichkeiten erneut vor Augen führte.³⁷ In deutlichem Kontrast zur klassisch-geopolitischen Interpretation des „leeren Stuhls“ als provozierte Integrationskrise stehen Deutungsmuster angelsächsischer Provenienz. Andrew Moravcsik deutet die französische Politik des „leeren Stuhls“ primär als Versuch, die Rahmenbedingungen für die GAP dauerhaft zu sichern.³⁸ Piers Ludlow interpretiert den Ausbruch der EWG-Krise im Sinne einer Rebellion gegen den französischen Führungsanspruch innerhalb der EWG. Da die Verhandlungs- oder Agrarkrise aus seiner Sicht erst im Nachhinein vom General instrumentalisiert wurde, um politische Konzessionen zu erzwingen, plädiert Ludlow dafür, der Kommission sowie den durch die Kommission aufgeworfenen institutionellen Fragen weniger Bedeutung beizumessen.³⁹ Die

- 31 Georges-Henri Soutou, *L'Alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands 1954–1996*, Paris 1996; Martin Koopmann, *Das schwierige Bündnis: Die deutsch-französischen Beziehungen und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1958–1965*, Baden-Baden 2000.
- 32 Esther Kramer, *Europäisches oder atlantisches Europa? Kontinuität und Wandel in den Verhandlungen über eine politische Union 1958–1970*, Baden-Baden 2003.
- 33 Institut Charles de Gaulle, *De Gaulle et Son Siècle* Bd. 5: *L'Europe (Actes des Journées internationales tenues à l'UNESCO Paris, 19–24 novembre 1990)*, Paris 1992.
- 34 Anne Jaumin-Ponsar, *Essai d'interprétation d'une crise*, Brüssel 1970.
- 35 Fiona Hayes-Renshaw und Helen Wallace, *The Council of Ministers*, Basingstoke 2006.
- 36 Loth, *Crises and Compromises*, 2001.
- 37 Jean-Marie Palayret, Helen Wallace und Pascaline Winand (Hrsg.), *Visions, Votes and Veto. The Empty Chair Crisis and the Luxembourg Compromise Forty Years On*, Brüssel 2006.
- 38 Andrew Moravcsik, *The Choice for Europe. Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht*, New York 1998; Andrew Moravcsik, *De Gaulle Between Grain and Grandeur: The Political Economy of French EC Policy, 1958–1970 (Part 1)*, in: *Journal of Cold War Studies* 2 (2000) 2, S. 3–43; Andrew Moravcsik, *De Gaulle Between Grain and Grandeur: The Political Economy of French EC Policy, 1958–1970 (Part 2)*, in: *Journal of Cold War Studies* 2 (2000) 3, S. 4–68.
- 39 N. Piers Ludlow, *De-Commissioning the Empty Chair Crisis: The Community Institutions and the Crisis of 1965–66*, in: Jean-Marie Palayret, Helen Wallace und Pascaline Winand

politischen Konsequenzen der Krise sind bis heute wissenschaftlich nur unzureichend dokumentiert und analysiert. Zeitgenössische Beobachter begründeten die Hypothese, dass die Krise des „leeren Stuhls“ eine Zäsur in der Integrationsentwicklung darstellte und die politische Fortentwicklung der Gemeinschaften nachhaltig verzögerte.⁴⁰ In der Wissenschaft ist jedoch umstritten, inwieweit die EWG-Krise 1965 nur einen allgemeinen Trend zur Konsensorientierung bestätigte⁴¹ oder entscheidend zur endgültigen Verfestigung einer darüber hinausgehenden Veto-Kultur beigetragen hat. Darüber hinaus lassen Forschungen jüngeren Datums Zweifel daran aufkommen, ob sich das Abstimmungsverhalten des Ministerrates aufgrund der Krise des „leeren Stuhls“ tatsächlich quantitativ veränderte und ob die Hypothese einer europapolitischen Stagnation während der 1970er-Jahre als Folge der Veto-Kultur haltbar ist.⁴²

* * *

Das allgemeine Interesse an der EWG-Krise bedeutet nicht immer auch ein tiefes Verständnis der Ereignisse in historischer Perspektive.⁴³ Die vorliegende Monographie wird daher gleichermaßen die „großen Linien“ wie auch die Details im Krisenverlauf oder die Haltung einzelner Akteure ins Blickfeld nehmen. An welchen Leitfragen orientiert sich also die vorliegende Untersuchung, und welche Hypothesen sollen im Rahmen der Analyse auf ihre Richtigkeit überprüft werden?

Im Zentrum der vorliegenden Studie steht die grundlegende Frage nach dem Ursprung und dem Wesen der Krise sowie der französischen Boykottpolitik. War die EWG-Krise im Wesentlichen die Folge einer Kollision konträrer Wirtschafts- und Finanzinteressen und damit im Ursprung eine banale und „säkulare“ Agrar- und Verhandlungskrise? Oder brach die Krise aus, weil die französische Regierung mit dem europapolitischen Kurs nicht einverstanden war und den Eklat konsequent provoziert hatte? Es kann gezeigt werden, dass konzeptionelle Gegensätze und institutionelle Kontroversen das Kalkül der französischen Regierung sowie den Ursprung und Verlauf der Krise entscheidend prägten. Im „leeren Stuhl“ ging es nicht nur um „Interessen“, „Profit“ und „Taktik“, sondern im Kern um die Gestaltung der europäischen Integration. Ebenso soll der Frage nachgegangen werden, welche Rolle die Europäische Kommission mit ihren ambitionierten Vorschlägen beim Ausbruch der Krise spielte. Mit welchen Absichten und Hoffnungen präsentierten die Kommissare im März 1965 ihre Vorschlä-

(Hrsg.), *Visions, Votes and Vetoes. The Empty Chair Crisis and the Luxembourg Compromise Forty Years On*, Brüssel 2006, S. 79–96; N. Piers Ludlow, *Challenging French Leadership in Europe: Germany, Italy and the Netherlands and the Outbreak of the Empty Chair Crisis of 1965–1966*, in: *Contemporary European History* 2 (1999), S. 231–48.

40 Müller-Roschach, *Europa-Politik*, 1980.

41 N. Piers Ludlow, *The Eclipse of the Extremes. Demystifying the Luxembourg Compromise*, in: Wilfried Loth (Hrsg.), *Crises and Compromises: The European Project 1963–1969*, Baden-Baden/Brüssel 2001, S. 247–64.

42 Jonathan Golub, *In the Shadow of the Vote? Decision-Making in the European Community*, in: *International Organisation* 53 (1999), S. 733–64; Jonathan Golub, *Did the Luxembourg Compromise Have Any Consequences?*, in: Jean-Marie Palayret, Helen Wallace und Pascaline Winand (Hrsg.), *Visions, Votes and Vetoes. The Empty Chair Crisis and the Luxembourg Compromise Forty Years On*, Brüssel 2006, S. 279–99.

43 Ludlow, *Crises of the 1960s*, 2006, S. 6.

ge, welche Rolle spielten einzelne Kommissionsmitglieder im Entscheidungsprozess, und haben sich bei der wissenschaftlichen Einschätzung der Kommissare historiographische Mythen verfestigt? Die vorliegende Monographie kann insbesondere zu Kommissionspräsident Hallstein, zum französischen Kommissar Robert Marjolin und zum niederländischen Kommissar Sicco Mansholt innovative Erkenntnisse beisteuern, welche tiefe Einblick in die institutionelle Kultur der Kommission und ein genaueres Verständnis der Kommissionspolitik im Frühjahr 1965 ermöglichen. Während der als „glühender Europäer“ eingestufte Hallstein eine kühl kalkulierte Kommissionspolitik verfolgte, setzte sich der als „großer Skeptiker“ beschriebene Marjolin überraschenderweise für eine Vertiefung der EWG-Supranationalität ein. Nicht Hallstein, sondern Mansholt übernahm den Part des Hardliners und forderte kontinuierlich eine Verschärfung der Kommissionspolitik.

Neben Ursprung und Wesen der Krise soll der komplexe Krisenverlauf, welcher in der Literatur oft eindimensional bleibt, in allen seinen Facetten nachgezeichnet werden. In enger Verbindung mit dem Wesen der Krise steht die Frage, wie zielgerichtet, strategisch angelegt und konsequent durchdacht die französische Boykottpolitik tatsächlich war. Welche Reichweite hatten die strategischen französischen Ziele im Krisenverlauf und welche Motive spielten in de Gaulles Europapolitik hinein? Hatte der General lediglich ein Minimalprogramm, mit dem er Frankreich eine profitable Agrarfinanzierung sichern, die Revision bestehender Agrarreglements verhindern und die für Frankreich unvorteilhafte Integration im gewerblichen Sektor abbremsen wollte? Oder ging es ihm neben den rein wirtschaftlichen Vorteilen auch darum, der supranationalen Integration sowie ihren Repräsentanten und Institutionen einen gezielten Schlag zu versetzen, indem er die Degradierung der EWG-Kommission und die Etablierung eines Vetoerights im Ministerrat betrieb? Sollte dieser Schlag die supranationale Gemeinschaftsstruktur lediglich „einfrieren“ oder wünschte der General gar einen Rückbau der EWG-Integration? Oder stand hinter der französischen Boykottpolitik ein europa- und weltpolitisch kalkuliertes und ideologisch fundiertes Maximalprogramm? Hatte de Gaulles berechneter Doppelschlag gegen die wirtschaftliche und militärische Integration Westeuropas das Ziel, Frankreich zur Weltgeltung und Anerkennung durch die Sowjetunion zu verhelfen und de Gaulles kontinentale Europavision in greifbare Nähe zu rücken, wie de Gaulles Gegner vor allem in der Kommission und in der Bundesrepublik vermuteten?⁴⁴ Ein hoher Kommissionsbeamter etwa rühmte noch 1998 die „[...] überragende Konsequenz und Logik der damaligen französischen Politik, [die] polit[isch]e Qualität der Gesamtkonzeption und [die] Inszenierung ihrer einzelnen Schritte [...].“⁴⁵ Mit anderen Worten: war die französische Boykottpolitik „Tragödie oder Komödie“⁴⁶ oder wusste der General gar selbst nicht, welchem Genre sein „Bühnenstück“ zuzuordnen sei? Tatsächlich ließ er sich von mehr als nur einem Programm leiten. Denn die vorliegende Analyse zeigt, dass der General aus einem durchaus ideologischen Impuls heraus

44 Loth und Heyde, Interview Klaus Meyer, 16. Dezember 2003, S. 12 – 22; Meyer, Krise, 1998, S. 358 – 65.

45 Meyer, Krise, 1998, S. 362.

46 Helen Wallace und Pascaline Winand, The Empty Chair Crisis and the Luxembourg Compromise Revisited, in: Jean-Marie Palayret, Helen Wallace und Pascaline Winand (Hrsg.), Visions, Votes and Vetoes. The Empty Chair Crisis and the Luxembourg Compromise Forty Years On, Brüssel 2006, S. 21: „Tragedy or Vaudeville?“

handelnd im Ursprung daran dachte, eine Veränderung des supranationalen Systems der EWG im Sinne einer mehr intergouvernementalen Organisations- und Arbeitsweise zu erzwingen. Dies hinderte ihn aber nicht daran, unter den Bedingungen einer aussichtlosen Boykottpolitik relativ schnell von seinen ambitionierten strategischen Zielsezungen abzurücken, pragmatische Ziele ins Visier zu nehmen und sich am Ende mit minimalen Korrekturen am bestehenden institutionellen System zufrieden zu geben.

Als Urheber der Boykottpolitik kommt der französischen Regierung und Ministerialbürokratie für den Krisenverlauf besondere Bedeutung zu. Die vorliegende Analyse zeigt in aller Klarheit, dass der französische Staatsapparat und die französische Europapolitik nicht als monolithischer Block aufgefasst werden können, sondern dass sich auf französischer Seite zahlreiche Akteure aus Regierung und Verwaltung sehr unterschiedlich zur Politik des „leeren Stuhls“ positionierten und sich teilweise gegen die präsidiale Europapolitik stellten.⁴⁷ Auch wenn er die Europapolitik als seine *domaine réservé* auffasste und mit einiger Rücksichtslosigkeit vorging, isolierte sich der General mit seiner Politik „am Abgrund“ nicht nur gegenüber den westeuropäischen Partnern, sondern auch gegenüber seiner eigenen Bevölkerung und innerhalb seines eigenen Staatsapparates. Seine Bemühungen um „Rückversicherung“ und Kontrolle der Eskalation sowie die deutliche Wende zu einem pragmatischen Krisenmanagement zeigen allerdings, dass funktionale Interessen und elektorale Zwänge für den General sehr wohl zählten und dieser keineswegs so „entrückt“ agierte wie es der sorgsam gepflegte Mythos suggeriert. Zwar scheint die Europabewegung keinen großen Einfluss auf de Gaulle erlangt zu haben. Doch die Mobilisierung und Intervention der französischen Landwirtschaft und gewerblichen Wirtschaft gegen die französische Boykottpolitik zeigte im Zusammenhang mit den französischen Präsidentschaftswahlen eine deutliche Wirkung.

Von besonderem Interesse sind im Rahmen dieser Untersuchung die Formierung der Fünfer-Koalition – bestehend aus der Bundesrepublik, Italien und den Beneluxländern – im Widerstand gegen die französische Boykottpolitik sowie die Präferenzen, Taktiken und Strategien der Fünf. Erst die Abwendung Belgiens und Luxemburgs vom französischen Nachbarn konstituierte den Staatenblock, welcher Frankreich Einhalt gebot. Die italienische Ratspräsidentschaft scheiterte jedoch bei dem Versuch, die Überwindung der Krise aus eigener Kraft in die Wege zu leiten und übergab den „Staffelstab“ an den „Wirtschaftsriesen Bundesrepublik“. Die vorliegende Analyse kann zeigen, unter welchen Bedingungen die Bonner Diplomatie die Führung der Koalition übernahm und wie die führenden deutschen Politiker und Diplomaten mit dieser heiklen Aufgabe umgingen. Dabei tritt die zentrale Rolle des deutschen Außenministers Schröder plastisch hervor. Das bundesdeutsche Krisenmanagement litt unter der notorischen Schwäche des Bundeskanzlers Erhard und unter dem ausgeprägten Ressortpartikularismus, welcher den deutschen EWG-Verhandlungsstil seit jeher belastete.⁴⁸ Erhard war weitgehend auf die Bundestagswahlen im Herbst 1965 fixiert, konnte das Landwirtschaftsministerium und den freidemokratischen Koalitionspartner kaum unter Kontrolle halten und fand keine stringente europapolitische Linie. Unter diesen Bedingungen konnte Außenminister Schröder in der deutschen Eu-

47 Loth, Politik des leeren Stuhls, 2007, S. 99 – 118.

48 Patel, Agrarintegration, 2009, S. 285 – 6, 513.

ropapolitik das Ruder an sich reißen. Zwar zeigte Schröder viel Affinität zu den de Gaulle'schen Vorstellungen von Staatensoveränität, doch verteidigte er die supranationale Konstruktion der EWG, weil sie für die Bundesrepublik ein Garant für Sicherheit und Gleichberechtigung darstellte.⁴⁹ Auch wenn der deutschen Außen- und Europapolitik enge Grenzen gesetzt waren, begegnete Schröder der gaullistischen Herausforderung mit eben jener an Machiavellismus grenzenden Härte, welche de Gaulle im Umgang mit den Partnern und der Gemeinschaft gezeigt hatte. Er trug damit entscheidend zur Überwindung der Krise bei. In ihm fand der General seinen „Meister“.

Mit Schröder kam auch die transatlantische Dimension ins Spiel, denn hinter dem deutschen Außenminister standen die Regierung und das außenpolitische Establishment der Vereinigten Staaten, welche dem General seine Exzentrizitäten zum ersten Mal nicht verzeihen wollten und den deutschen Außenminister diskret aber nachdrücklich gegen de Gaulle in Stellung brachten. Ihnen ging es darum, einen politischen Dammbruch zu verhindern und die Verhandlungen über weltweite Zollsenkungen nicht kollabieren zu lassen.

Nicht zuletzt macht die vorliegende Studie den Einfluss struktureller Faktoren auf die Evolution der Krise deutlich. Die Analyse der französischen und der bundesdeutschen Europapolitik veranschaulicht, dass die Nationalstaaten die europäische Integration in der Mitte der 1960er-Jahre nur noch unzureichend zu kontrollieren vermochten und längst eine von den Regierungen losgelöste Dynamik wirksam geworden war, welche die Handlungsfreiheit der Staaten essentiell einschränkte. Auch wenn die französische Obstruktionspolitik den Anschein erwecken sollte, als seien die Staaten die „Herren der Verträge“, so unterstreicht das Denken und Handeln der führenden Politiker und Diplomaten im Verlauf der Krise gerade das Gegenteil: die Integration war bereits unumkehrbar, und de Gaulles Boykottpolitik – wenn man sie denn ernst nahm – eine Drohung mit dem gemeinsamen Untergang. Ein „Ausstieg“ Frankreichs war schlichtweg nicht mehr möglich. Mit diesem Kalkül agierten sowohl die Franzosen als auch ihre fünf Partner.

Neben der Analyse von Ursprung und Verlauf des „leeren Stuhls“ bietet die vorliegende Untersuchung auch einen Ausblick auf die unmittelbaren Konsequenzen der Krise. Für eine vertiefende Behandlung der Veto-Kultur nach 1966 oder des umstrittenen Phänomens der „Euroskerose“ der 1970er-Jahre ist der Rahmen dieser Monographie unzureichend. Doch soll die vorliegende Untersuchung den Vertrauensverlust in der alltäglichen Gemeinschaftsarbeit, die erzwungene Ersetzung Walter Hallsteins und die Verfestigung der Konsens-/Veto-Kultur in den Gemeinschaften nachzeichnen. Abschließend wird die Auflösung der Veto-Kultur im Verlauf der 1970er und 1980er-Jahre in groben Zügen diskutiert und dabei ein Bogen zur gegenwärtigen EU der 27 Staaten geschlagen.

* * *

Die vorliegende Untersuchung verwendet eine quellenbasierte, historische Forschungsmethodologie. Sie begreift die Europäischen Gemeinschaften als komplexes Mehrebenensystem oder „Hybridsystem“.⁵⁰ EU-Geschichte und -Politik sol-

49 Newhouse, Collision, 1967, S. 25 – 6.

50 Ludlow, Crises of the 1960s, 2006, S. 8.

len nicht als Multiplikation nationaler Europapolitiken, sondern als supranationale EU-Geschichte aufgefasst werden.⁵¹ Es gilt daher bei der historischen Analyse, das komplexe Zusammenspiel und die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen der multinationalen und der supranationalen Ebene zu erfassen. Die Beantwortung der vorstehenden Forschungsfragen unter Einbeziehung der genannten „Systemebenen“ gelingt, indem Forschung und Analyse auf die EWG-Kommission, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland konzentriert werden. Die Perspektiven und Aktionen der Beneluxländer und Italiens werden indirekt über den deutsch-französischen bzw. supranationalen Blickwinkel erschlossen. Gleiches gilt für die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich.

Das Handeln und Entscheiden der supranationalen Akteure wird primär aus den Archivbeständen der europäischen Institutionen in Brüssel (BAC, HACM, CES) und Luxemburg (CARDOC) sowie aus den Nachlässen der Gemeinschaftsbeamten in Florenz (HAEU), Lausanne (FJML), Koblenz (BAK) und Sankt-Augustin (ACDP) rekonstruiert. Unter den Nachlässen der europäischen Beamten waren die Mitschriften der Kommissionssitzungen durch den Exekutivsekretär der Kommission, den Franzosen Émile Noël, von besonderem Interesse für die Rekonstruktion der Kommissionspolitik.⁵² Zahllose Dokumente der supranationalen Bürokratie fanden ihren Weg auch in die Archive der Außen-, Wirtschafts- und Finanzministerien der Mitgliedstaaten. Soweit nationale Akteure im nationalen, bilateralen oder multilateralen Kontext agierten, wird ihr Handeln aus den nationalen Archiven erschlossen (MAE, CAC, SciencesPo, AN, PAAA, BAK, ACDP, BPA, ADBT, MAEB). Der Nachlass von Staatspräsident de Gaulle war nicht einsehbar. Auf transnationaler Ebene werden insbesondere die Dokumente der Europabewegung in Lausanne (FJML) und Florenz (HAEU) sowie die weit gestreuten Dokumente der europäischen wirtschaftlichen Interessenverbände berücksichtigt.

Die multiarchivische empirische Analyse der Krise des „leeren Stuhls“ konzentriert sich auf einen eng eingegrenzten Zeitraum vom Beginn des Jahres 1965 bis etwa zur Jahresmitte 1966. Diese Beschränkung auf eine streng limitierte historische Episode führt zu einer dichten, teilweise minutiosen Darstellung. So wie Hallstein bemerkte, dass in EWG-Fragen meist „*der Teufel im Detail [steckt]*“⁵³ gilt auch für diese Analyse, dass innovative Erkenntnisse über die vielfach untersuchte Krise des „leeren Stuhls“ erst *in medias res* zu finden sind. Die vorliegende Analyse zielt vornehmlich darauf ab, die Interaktionen der involvierten bürokratischen Apparate auf nationaler und supranationaler Ebene differenziert nachzuzeichnen und auszuwerten. Daher wurde bewusst auf eine streng chronologische Gliederung verzichtet und eine Verschränkung von chronologischer und thematischer Gliederung ausgewählt. Das erste Kapitel soll den Leser in die relevanten Problematiken und Strukturmerkmale einführen, welche die beiden Jahrzehnte vor Ausbruch der EWG-Krise kennzeichneten. Es ist weder als Vorgeschichte der EWG-Krise noch als Literaturbericht zur Integrationsgeschichte zu verstehen.

51 Ludlow, Crises of the 1960s, 2006, S. 10.

52 Zur Rolle Noëls in der EWG-Krise: Gérard Bossuat, *Emile Noël dans la Tourmente de la Crise Communautaire de 1965*, in: Wilfried Loth (Hrsg.), *La Gouvernance Supranationale dans la Construction Européenne*, Brüssel 2005, S. 89–113.

53 Hallstein, Bundesstaat, 1969, S. 99.

Vielmehr sollen die kumulativen Frustrationen nachgezeichnet werden, welche de Gaulle bei der Propagierung seiner europäischen Leitvorstellungen erlebte. Der sich dabei entfaltende „*Taubstummendialog*“⁵⁴ zwischen de Gaulle und seinen Partnern ließ die ehrgeizige, strategische Vision des Generals scheitern und bewog den französischen Staatschef schließlich zu einem europapolitischen Alleingang im Zeichen französischer Unabhängigkeit und „wahren Europäertums“, wie er es verstand. Das zweite und das dritte Kapitel behandeln das erste Halbjahr 1965 bis zum Ausbruch der Krise Ende Juni 1965 sowie den eigentlichen Krisenzeitraum von Juli 1965 bis Januar 1966. Beide Kapitel gliedern sich dreifach in eine supranationale Perspektive der Kommission sowie die nationalen Perspektiven Frankreichs und Deutschlands. Das vierte Kapitel bespricht die unmittelbaren Folgen der Krise: den Vertrauensverlust nach der Wiederaufnahme der Gemeinschaftsarbeit, die Fusion der Exekutiven unter Ersetzung Hallsteins sowie die Etablierung einer konsensorientierten Arbeitskultur des Ministerrates. Es folgen die zusammenfassende Schlussbetrachtung, das englische Summary und das französische Résumé. Zum Nutzen der narrativen Qualität des Manuskripts werden die drei Perspektiven und auch die dazugehörigen Quellen innerhalb der Unterkapitel nicht mit letzter Konsequenz getrennt. Wiederholungen konnten nicht gänzlich vermieden werden, tragen jedoch zum besseren Verständnis der komplizierten Zusammenhänge bei. Es sei noch darauf verwiesen, dass Frankreichs EWG-Partner im Text häufig als „die Fünf“ bezeichnet werden, während die Beneluxländer und Italien als „die Vier“ Erwähnung finden.

54 Wilfried Loth, De Gaulle und Europa. Eine Revision, in: Historische Zeitschrift 253 (1991), S. 655.